

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Montag, 02.07.2012, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Alfred Müller
Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
stellv. Ausschussvorsitzender:	Raimund Recksiedler
Ausschussmitglieder:	Rudolf Böcker
	Dirk Brumund
	Christoph Hinz
	Abbes Mahouachi
	Jürgen Rathkamp
	Steffen Schwärmer
	Elke Vollmer
stellv. Ausschussmitglieder:	Jürgen Bruns
Ratsmitglieder:	Djure Meinen
	Sebastian Schmidt
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Angelika Lüers
	Antje Schönborn

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 13. Juni 2012
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 5.1 Sanierung der Oldenburger Straße, hier: Beteiligung der Stadt Varel an den Ausbaukosten für die Gehweganlage
- 5.2 Überquerungshilfen Oldenburger Straße; hier: Antrag der Gruppe SPD/CDU/FDP
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Überplanung der Nebenanlagen der Oldenburger Straße; hier: Antrag der Gruppe Grüne/BBV

- 6.2 "Berliner Kissen" im Moorweg, Büppel
- 6.3 Verkehrssituation Tweehörnweg
- 6.4 Ampelanlage Marktplatz/Mühlenstraße
- 6.5 Straßenschau
- 6.6 Straßenreinigungspflicht
- 6.7 Straßenschäden HansasträÙe
- 6.8 Bahnhofsbrücke

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Ralle eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 13. Juni 2012

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 13. Juni 2012 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Von einem Bürger wird die Frage gestellt warum der Parkplatz an der Osterstraße (beim Krankenhaus) so genehmigt wurde, ohne zu berücksichtigen, wie die Autos den Parkplatz an- und abfahren werden. Des Weiteren wird angefragt, inwieweit es möglich ist, den Verkehr in der Osterstraße zu beschränken bzw. hinsichtlich der zulässigen Geschwindigkeit herabzusetzen.

Vom Bürgermeister wird zu dem Thema Parkplatz erklärt, dass eine Genehmigung entsprechend der Einstellplatzverordnung erfolgt; wie der Verkehr geführt wird, ist Sache der Autofahrer.

Diese Punkte betreffend hat darüber hinaus bereits ein gemeinsames Gespräch stattgefunden. Abschließend wird nochmals auf die Parksituation beim Friedhofseingang an der Osterstraße hingewiesen und angefragt, ob nicht ein Parkverbot auf der Friedhofsseite ausgesprochen werden kann, um den Anwohnern das Abfahren von ihren Grundstücken zu erleichtern.

Von einem weiteren Bürger wird die für ihn unerträgliche Verkehrssituation am Tweehörnweg angesprochen. Besonders betont wird das erhöhte Verkehrsaufkommen durch LKW s, die den Tweehörnweg als Umgehung der zurzeit geschwindigkeitsbeschränkten Oldenburger Straße nutzen, landwirtschaftlichen Ver-

kehr und auch den Bussen. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden, damit die Anwohner mit „erträglicher Geräuschkulisse“ ihre Gärten noch nutzen können.

Zur Klärung der unterschiedlichen Detailfragen wird ein Gespräch mit dem Bürgermeister zugesagt.

4 Anträge an den Rat der Stadt

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

5.1 Sanierung der Oldenburger Straße, hier: Beteiligung der Stadt Varel an den Ausbaurkosten für die Gehweganlage Vorlage: 253/2012

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, NLStBV, plant für 2013 die Sanierung der Oldenburger Straße zwischen Tweehörnweg und Teichgartenstraße in den vorhandenen Abmessungen. Dieser Sachverhalt wurde im Ausschuss am 28.09.2011 durch die NLStBV vorgetragen. Es wurde erklärt, dass eine Veränderung der Geometrie als Umbau zu werten ist, wofür keine Mittel bereit stehen. Dieser Sachverhalt wurde im Ausschuss am 28.09.2011 durch die NLStBV vorgetragen.

Gemäß Niedersächsischem Straßengesetz ist in Ortsdurchfahrten das Land Straßenbaulastträger für die Fahrbahn und die Radwege, der Gemeinde obliegt die Straßenbaulast für die Gehwege.

Die NLStBV fragt nun an, ob die Stadt Varel sich an der Baumaßnahme mit den Gehwegen beteiligen möchte. Dadurch ließen sich für beide Parteien – insbesondere auf der westlichen Seite – Kostenvorteile erzielen. Rad- und Gehweg könnten aus „einem Guss“ entstehen. Die Kostenbeteiligung für die Westseite wird auf rund 85.000,00 Euro und für die Ostseite auf rd. 120.000,00 Euro geschätzt. Aufwändige Anpassungsarbeiten für beide Parteien entfielen dadurch. Kostenvorteile für die Ostseite werden für die Stadt eher nicht gesehen. Der Gehweg könnte auch später noch zu ähnlichen Preisen saniert werden. Anpassungsarbeiten gehen ohnehin zu Lasten des Straßenbaulastträgers.

Die NLStBV erwartet von der Stadt Varel eine zeitnahe Antwort, damit die Vorbereitungen für die Ausschreibung vorangetrieben werden könne.

Im Ausschuss ergibt sich zu diesem Thema eine kurze Aussprache. Von der Verwaltung wird nochmals auf Anfrage erklärt, dass ein gepflasterter Radweg sowie ein gepflasterter Schutzstreifen (zur Fahrbahn hin) mit einem Betonbord vorgesehen ist. Über die genauere Gestaltung kann zu gegebener Zeit noch beraten werden. Im Hinblick auf den eventuellen Wegfall der Radwegbenutzungspflicht wäre es durchaus zweckmäßig, einen gemeinsamen Fuß- und Radweg (in Mischtechnik) anzulegen.

Erster Stadtrat Heise erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die für diese Maßnahme notwendigen Mittel im prognostiziert sehr defizitären Haushalt 2013 bereitgestellt werden müssen.

Der Ausschuss bringt abschließend zum Ausdruck, dass sofern diese 85.000,00 Euro jetzt nicht für diesen Zweck ausgegeben werden, es für die Stadt mittelfristig teurer werden wird. Die Gehwegsanierung, lediglich auf der Westseite der Oldenburger Straße, wird zum jetzigen Zeitpunkt als durchaus vertretbar angesehen. Es wird alsdann über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadt Varel verpflichtet sich, Haushaltsmittel in Höhe von rund 85.000,00 Euro für die Gehwegsanierung auf der Westseite der Oldenburger Straße im Zuge der Straßensanierung im Haushalt 2013 bereitzustellen.

Der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird schon jetzt signalisiert, dass die Stadt Varel sich beteiligen wird. Eine entsprechende Vereinbarung kann verwaltungsseitig abgeschlossen werden.

Einstimmiger Beschluss

**5.2 Überquerungshilfen Oldenburger Straße; hier: Antrag der Gruppe SPD/CDU/FDP
Vorlage: 261/2012**

Die Gruppe SPD/CDU/FDP stellt den anliegenden Antrag, im Zuge der Sanierungsplanung Oldenburger Straße zu überprüfen, wie die Überquerung von Fußgängern auf der Oldenburger Straße verbessert werden kann.

Von der Verwaltung wird hierzu ausgeführt, dass dieses Anliegen dem Straßenbauamt Aurich vorgetragen wird. Die Einplanung von Querungshilfen (eventuell Höhe Friedhof und Weberei) bedeutet unter Umständen auch, dass diese Flächen möglicherweise am Rand fehlen. Vielleicht könnte man das Problem auch mit Ampelanlagen lösen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob drei Ampelanlagen auf diesem relativ kurzen Teilstück sich so günstig auswirken.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Bruns weist daraufhin, dass Querungshilfen auch verkehrsberuhigende Wirkungen erzielen. Diese Alternative sollte daher zusätzlich geprüft werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt im Zuge der Sanierung der Oldenburger Straße zu überprüfen und Verhandlungen mit der Straßenbauverwaltung aufzunehmen, inwieweit es möglich ist Querungshilfen umzusetzen.

Einstimmiger Beschluss

6 Zur Kenntnisnahme

6.1 **Überplanung der Nebenanlagen der Oldenburger Straße; hier: Antrag der Gruppe Grüne/BBV Vorlage: 260/2012**

Mit anliegendem Schreiben vom 11. Mai 2012 beantragt die Gruppe Grüne/BBV die Überplanung der Nebenanlagen der Oldenburger Straße. Ihrer Meinung nach erfüllt der Radweg nicht mehr die technischen Anforderungen und die Benutzungspflicht müsste daher aufgehoben werden. Die Nebenanlagen sollen zu Gunsten von Radfahr- bzw. Schutzstreifen eingeengt werden. Die Führung des Radverkehrs würde damit ausschließlich am Rand der Fahrbahn stattfinden. Die Sanierungsplanung wäre insofern anzupassen, bevor die beabsichtigte Fehlplanung für viel Geld realisiert wird.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Aurich, wurde zu diesem Vorschlag um eine Stellungnahme gebeten. Mündlich wurde bereits in diesem Ausschuss am 28.09.2011 durch den Leiter des Geschäftsbereiches erklärt, dass lediglich Haushaltsmittel für eine Sanierung im Bestand zur Verfügung stehen. Geometrische Änderungen bedürften eines Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahrens. Auch Lärmschutzansprüche könnten daraus resultieren. Die jetzt geplante Sanierungsmaßnahme müsste auf unbegrenzte Zeit verschoben werden.

Ratsmitglied Meinen äußert nochmals mit Nachdruck seine Bedenken, dass der Radverkehr in absehbarer Zeit auf der Fahrbahn geführt werden muss, sofern nicht kurzfristig die Nebenanlagen entsprechend saniert werden. Seiner Ansicht nach sollte nochmals zusammen mit der Straßenbaubehörde die bisherige Planung für die beabsichtigte Sanierung der Fahrbahn der Oldenburger Straße auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden.

Von der Verwaltung wurde nochmals Rücksprache mit der Behörde gehalten. Da es sich um eine reine Sanierungsmaßnahme handelt, ist eine Veränderung des Fahrbahnquerschnitts nicht vorgesehen. Veränderungen dieser Art bedürften eines Planfeststellungsverfahrens etc. .

Im Ausschuss ergibt sich zu diesem Punkt eine rege Diskussion. Die Ausschussmitglieder sind mehrheitlich der Auffassung, dass sofern geometrische Änderungen gefordert werden, die Maßnahme auf lange Sicht überhaupt nicht durchgeführt wird.

Die Sanierung der Oldenburger Straße wird zwischen Teichgartenstraße und Einmündung Tweehörnweg durchgeführt. Nach Meinung von Ausschussmitglied Recksiedler sollte die Stadt doch versuchen durchzusetzen, dass die Straße bis zum Kreisel, mindestens jedoch bis zum Ende des Altenheimgeländes, saniert wird. Von Herrn Kreikenbohm wird in diesem Zusammenhang jedoch auf das Schreiben von Herrn Minister Bode, vom 26. April 2012, verwiesen.

Ratsmitglied Meinen zieht im Hinblick auf Punkt 5.1 der Niederschrift, Namens der Gruppe Grüne/BBV den vorliegenden Antrag zurück.

6.2 **"Berliner Kissen" im Moorweg, Büppel**

Von der Verwaltung wird an das Thema „weiterer Einbau von sogenannten „Berliner Kissen“ am Moorweg in Büppel erinnert. Die Angelegenheit wurde am 12. Ja-

nuar 2012 im Ausschuss zur Kenntnis gegeben und sollte weiter in den Fraktionen beraten werden.

6.3 Verkehrssituation Tweehörnweg

Vom FDP Ortsverband Varel ist ein „offener Brief“ betreffend die Verkehrssituation Tweehörnweg etc., eingegangen. Dieses Schreiben ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

6.4 Ampelanlage Marktplatz/Mühlenstraße

An der Kreuzung Marktplatz/Mühlenstraße soll eine neue Ampelschaltung für mehr Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer sorgen. Aufgrund eines tödlichen Unfalls vor ca. zwei Jahren ist nunmehr geplant, getrennte Grünphasen vorzunehmen. Die Kostenverpflichtung der Stadt Varel beläuft sich auf circa 5.000,00 Euro. Straßenbaulastträger ist der Landkreis Friesland.

Ratsmitglied Meinen schlägt hierzu vor, zunächst Kontakt mit dem Radverkehrsbeauftragten aufzunehmen und die Angelegenheit danach dem Ausschuss wieder vorzulegen.

6.5 Straßenschau

In der vorletzten Sitzung des Ausschusses wurde der Wunsch zur Durchführung einer „Straßenschau“ geäußert. Die Verwaltung bittet um nähere Information bzw. Vorschläge, wie und in welchem Umfang diese Schau durchgeführt werden soll.

6.6 Straßenreinigungspflicht

Vom Ausschussmitglied Böcker wird moniert, dass, seitdem der Eigentümer der Freiflächen am Moorhausener Weg bzw. Hafenstraße gewechselt hat, sich die Gehwege bzw. Hecken in einem katastrophalen Pflegezustand befinden. Vom Bürgermeister wird hierzu erklärt, dass üblicherweise die Eigentümer zuständig sind. Da es sich jedoch um landwirtschaftliche Flächen handelt, könnte es sein, dass die Stadt Varel aufgrund der Historie selbst dafür verantwortlich ist. Der Bürgermeister wird dieses klären. In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister allgemein auf die Straßenreinigungspflicht in der Kommune hin, die doch von allen Einwohnern ein bisschen mehr beherzigt werden sollte.

6.7 Straßenschäden Hansastrasse

Von Ausschussmitglied Frau Vollmer wird zur Kenntnis gegeben, dass in der Hansastrasse (in Höhe des ehemaligen Kioskes) ein erhebliches Loch in der Fahrbahn sein soll.

6.8 Bahnhofsbrücke

Von Ausschussmitglied Recksiedler wird angefragt, wer für die Reinigung der Scheiben an der Bahnhofsbrücke zuständig ist. Von der Verwaltung wird erklärt, dass die Straßenmeisterei sei.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzende/r)

gez. Angelika Lüers
(Protokollführer/in)